



# Fest der Solidarität 2024

Tennwil, 24. August 2024

## Rede Nicola Siegrist

Ehem. Präsident Juso Schweiz

Liebe Genoss\*innen, liebe Anwesende

Wir brauchen eine andere Klimapolitik, denn die bisherige ist gescheitert.

Vor wenigen Wochen suchten mehrere brutale Unwetter die Schweiz heim. Wir können uns alle noch an die Bilder von Misox, dem Maggiatal und Zermatt erinnern, als innerhalb weniger Stunden der Regen eines ganzen Monats fiel. Natürlich, dies waren einzelne Ereignisse, die es auch schon früher gab. Und dennoch ist uns bewusst, dass dies Vorboten sind eines neuen Klimaregimes. Die wärmere Luft kann mehr Wasser halten, das sich dann auch schneller entleeren kann. Der August 2024 wird weltweit wohl zum heissesten Monat der letzten 100'000 Jahre. Die Ozeane sind heisser als es vor 10 Jahren irgendjemand hätte voraussagen gewagt.

In Malawi, Sambia und Simbabwe herrscht aktuell die heftigste Dürre seit 100 Jahren. Aber die Klimatoten unter den Superreichen auf der Yacht letzte Woche haben mehr Aufmerksamkeit geholt. Ihre Windhose ist scheinbar auch eine Folge der Klimakrise.

Naja, solche Zahlen und Einzelereignisse reissen niemanden mehr aus den Sitzen, nicht einmal wenn Milliardäre sterben.

Im Gegenteil, obwohl sich die Klimakrise zuspitzt und wir uns immer noch mit 120km/h auf den Abgrund zubewegen, scheinen mehr Leute in die Gleichgültigkeit oder Hoffnungslosigkeit zu verfallen, statt optimistisch für eine lebenswerte Zukunft kämpfen zu wollen oder zu können.

Es gibt Dinge, die Hoffnung geben können. Wir haben nun ein Klimaziel in der Schweiz, wir fördern die erneuerbaren Energien und den Heizungsersatz und so weiter.

Gleichzeitig muss man festhalten: Die Treibhausgasemissionen der Schweiz im Verkehr, in der Landwirtschaft und bei den importierten Gütern, die den Grossteil unserer Emissionen ausmachen, gehen nicht zurück oder sicherlich nicht schnell genug. Ihre Verantwortung gegenüber der Welt, auch was die Unterstützung anderer, weniger finanzkräftigen Nationen angeht, nimmt die Schweiz nicht wahr.

Es stellt sich also die Frage: Nach über 30 Jahren Klimakonferenzen, nach mehr als fünf intensiven Jahren Klimastreiks und anderen Protesten, wieso klappt das nicht? Die notwendigen Technologien sind da: Sie werden nicht umfassend verwendet. Die Preise sind gesunken und trotzdem wird soviel Öl & Gas gedrillt, dass beim Verbrennen dieser Mengen unsere Klimaziele pulverisiert wären.

Wieso klappt das nicht?

Häufig kriege ich als Antwort zu hören, dass es die Leute einfach noch nicht gecheckt haben. Sobald «die Leute» mehr wüssten, würden sie aktiv. sobald sie dann die Folgen der Klimakrise wirklich spüren, dann machen sie dann schon etwas. Die Konsumgüter seien einfach zu billig, das gehe so nicht. Nein, das ist der falsche Ansatz.

Wir spüren seit Jahren, dass sich etwas grundsätzlich ändert im Klima. Der allergrösste Teil der Bevölkerung sieht das Problem der Klimakrise und erwartet auch Besserung, aber relevante Verschiebungen hat es im individuellen Verhalten nicht gegeben. Und wird es auch nicht, selbst dann, wenn sich die Krise noch zuspitzt.

Was wir brauchen, ist einen systemischen Ansatz, um zu erkennen, weshalb es nicht klappt mit dem Klimaschutz. Dort lässt sich sehen, weshalb gebremst wird.

Unser Wirtschaftssystem, der Kapitalismus, beruht im Kern auf der Möglichkeit, Profite zu machen, Mensch und Umwelt auszubeuten und zu wachsen.

Erstens: Die Wirtschaft muss zwingend wachsen, damit das System stabil bleiben kann. In den letzten Jahrzehnten hat ein Wachstum des Bruttoinlandprodukt immer auch zu einem Wachstum des Stoffdurchlaufs, also der Verwertung natürlicher Ressourcen geführt. Es ist nicht nötig, hier eine abschliessende Position zur Wachstumsfrage einzunehmen, klar ist, dass heute dieses zwingend notwendige Wachstum dem Klimasystem Schaden zufügt und dies noch einige Zeit so weitergehen wird.

Zweitens: Der Kapitalismus muss Mensch und Umwelt ausbeuten können. Ausbeutung heisst in diesem Kontext, dass im Produktionsprozess in irgendeiner Form ein Mehrwert abgeschöpft werden kann. Beim Menschen bedeutet dies zu tiefe Löhne, zu lange Arbeitsstunden. Bei der Umwelt heisst es, dass man die Schäden daran nicht berappen muss, sonst brähe die Rechnung zusammen.

Drittens: Und schlussendlich geht es um Profite. Das steht im Zentrum des neoliberalen Kapitalismus, eine Vermehrung des eingesetzten Kapitals. Das führt nicht immer zum falschen Resultat, aber offensichtlich ist es nicht profitabel genug, die Welt zu retten. Klimaschutz an sich ist für einen Investor kein Motiv. [Pause] Im Gegenteil, jene die von der Klimazerstörung profitieren, weil sie selbst Öl, Gas und Kohle verkaufen oder sonst beteiligt sind an diesem Energiesystem, haben ein aktives Interesse, den Klimaschutz auszubremsen. Und es sind die gewichtigsten Kapitalfraktionen, die es überhaupt gibt, was man jeweils sieht, wenn die neusten Resultate der Klimakonferenzen rauskommen, runtergewaschen durch die Öllobbys.

Die reine Profitlogik zwingt die Mächtigsten der Welt, den Klimaschutz aktiv zu sabotieren. Und Millionen von Unternehmen haben sich darauf eingestellt, denn ihre Investitionen stecken in Maschinen, die auf fossile Energien ausgelegt sind und die sie im Einsatz lassen müssen, wenn sie profitabel bleiben wollen, der sogenannte fossil lock in. Heute lohnt sich Klimaschutz für das Kapital nicht und das wird auch morgen noch der Fall sein.

Dazu kommt, dass wir diese Profitwirtschaft über Märkte organisieren. Wir verlassen uns aktuell drauf, dass die Marktdynamiken, welche die letzten 30 Jahre praktisch nichts bewegt haben, nun den Umbau unserer Gesamtwirtschaft vollziehen werden. Das ist naiv.

Märkte funktionieren grossartig, um den Leuten die Auswahl zu geben zwischen dem Himbeer- und dem Erdbeerjoghurt von 10 verschiedenen Marken.

Märkte versagen darin, den tiefgreifenden Umbau unserer Wirtschaft für die nächsten 20 Jahre sozial gerecht und schnell genug zu vollziehen.

Die Dekarbonisierung scheitert an den engen Produktionsbudgets der einzelnen Fabriken.

Profitlogik, Wachstum und Märkte sind das Problem.

Und damit haben wir noch nicht einmal von rechten bis rechtsextremen Kräften gesprochen, welche die Klimagefahr schlicht leugnen oder die Ängste vor dem liberalen, unsozialen Klimaschutz schüren, um die Gesellschaft zu spalten.

Diese oberflächliche, systemische Analyse muss uns nicht sagen, dass nichts möglich sei. Wir müssen nicht auf die allumfassende Revolution hoffen, um den Klimaschutz anpacken zu können – selbst, wenn ich diese für angebracht fände. Nein, wir können im hier und jetzt anfangen oder weitermachen, aber dafür braucht es eine andere Klimapolitik als jene, die von den Mehrheiten in Bern heute gemacht wird. Es braucht eine Klimapolitik, welche die soziale Gerechtigkeit und die demokratische Kontrolle und Planung ins Zentrum stellt.

Unsere Klimapolitik muss sozial gerecht sein – oder eher werden.

Sozial gerechte Klimapolitik, das bedeutet, dass wir die Verantwortung nicht mehr auf die Individuen abwälzen, die tagtäglich 100 richtige Konsumententscheidungen treffen müssten – in einem System, das sie auf die falschen Konsumententscheide leiten möchte. Stattdessen braucht es eine kollektive Verantwortung, sodass jeder Konsum ein zukunftsverträglicher Konsum sein kann. Es braucht nicht einfach Anreize und Preissignale, um die Individuen zum Tshirt mit dem Biolabel zu bewegen, nein, es braucht klare Regeln, sodass die schädlich produzierten Tshirts gar nicht mehr im Aushang hängen.

Sozial gerechte Klimapolitik heisst aber vor allem, dass nicht jene bezahlen müssen, die tagtäglich für ihren Lohn arbeiten gehen müssen und die sowieso mit steigenden Mieten und Krankenkassenprämien zu kämpfen haben. Nein, jene sollen bezahlen, die in den letzten Jahrzehnten profitiert haben vom System, das hinter der Klimakrise steckt. Es kann nicht sein, dass fossile Konzerne in den letzten Jahren Rekordprofite einfahren konnten und die normalen Konsument\*innen die Kosten dafür über ihre Stromrechnung oder im Coop an der Kasse berappen müssen. Sozial gerechte Klimapolitik heisst also: Rückverteilung für den klimagerechten Umbau.

Genau das steht im Zentrum der Initiative für eine Zukunft der JUSO, der SP, des VPOD und vielen weiteren. Sie will die Mittel für den Umbau unserer Gesamtwirtschaft dort holen, wo die Leute profitiert haben.

Wir holen die Hälfte der Erbschaft von Gianluigi Aponte, der mit seiner Schifffahrtsgesellschaft MSC Milliarden anhäufen konnte, während sein Unternehmen zu den 10 grössten CO<sub>2</sub>-Emittenten des ganzen Europäischen Kontinents gehört – eine Rangliste auf der sonst nur Betreiber von Kohlekraftwerken stehen.

Wir holen das Geld bei Ivan Glasenberg, der beträchtliche Anteile an Glencore besitzt, eines der weltweit grössten Kohleabbaunternehmen, das regelmässig negativ in den Schlagzeilen erscheint.

Wir holen das Geld bei den rund 2000 Menschen mit mehr als 50 Mio. Franken, deren Vermögen im Gleichschritt mit den CO<sub>2</sub>-Emissionen gestiegen sind und die meisten sowieso geerbt haben.

Damit finanzieren wir die Milliarden, die der Umbau unserer Gesamtwirtschaft, der Energiesysteme und des Mobilitätssektors kostet. Wir finanzieren zahlbare UND

nachhaltige Wohnungen, wir stärken den Care-Sektor, der das Klima nicht belastet, aber für unsere Gesellschaft unerlässlich ist. UND damit reduzieren wir im gleichen Atemzug gerade auch noch ihre Fähigkeit, schädliche Investitionen zu leisten, den jede investierte Million der Reichsten verursacht 5 Tonnen CO<sub>2</sub>.

Vereinfacht gesagt:

Je weniger Geld die Superreichen haben, desto besser.

Je mehr wir für den ökosozialen Umbau holen, desto gerechter.

Die Reaktion der Betroffenen und ihrer Fürsprecher\*innen war zwar unerwartet, aber eigentlich nicht erstaunlich. Jeder zweite Tag trat ein neuer Milliardär, hoffentlich sogenannten self made, an die Medien und klagte, dass er das Land wegen der bösen JUSO verlassen müsse.

Die Mächtigen scheinen etwas nervös zu sein. Sie trauen der Sache nicht ganz und schiessen einen ganzen Monat lang auf eine Jungpartei. Eine ihrer Zentralen Forderungen: Die Initiative soll für Teilungsgültig erklärt werden. Man merke sich: Wenn dir eine Forderung nicht passt, dann verbietest du sie einfach. So macht man das, wenn's fürs Kapital unangenehm wird.

[Pause] Es könnte aber gut sein, dass dieses Manöver noch nach hinten rausgeht. Demokratie abwürgen, weil einige Superreiche in den Medien rumheulen? Mässig sympathisch.

Zwei Teilerfolge haben die Gegner\*innen jedoch bereits erreicht:

Einerseits haben sie es geschafft, gewisse Linke – die ich hier nicht namentlich nennen möchte – zu leicht unbedarften Aussagen gegen die Initiative in der Öffentlichkeit zu bringen. Falls sich das hier jemand in Zukunft überlegt: ihr dürft mir gerne vorab anrufen.

Andererseits sprechen wir aktuell nur über die erfolgreichen & wichtigen Superreichen sowie die Ungültigkeit, nicht übers Klima. Das ist eine kluge Strategie, denn unsere Gegner\*innen wissen natürlich, dass unser Angebot – eine sozial gerechte Finanzierung des Klimaschutzes – bei breiten Teilen der Bevölkerung auf Anklang stossen könnte.

Dorthin müssen wir in den kommenden Monaten mit diesem Projekt aber kommen, damit es seinen produktiven Beitrag an die Schweizer Klimapolitik leisten kann. Es darf in Zukunft keine Klimavorlagen mehr geben, welche sozial ungerecht finanziert sind. Die Bevölkerung soll nie mehr zwischen der sozialen und der ökologischen Frage entscheiden müssen: Für uns gehört das unwiderruflich zusammen!

Eine andere Klimapolitik ist also sozial gerecht. Zweitens muss sie die demokratische Kontrolle und Planung ins Zentrum stellen. Das Gegenstück zum scheinbar «freien Markt» ist der demokratische Plan – die Planwirtschaft.

Ja, wir brauchen mehr Planung in unserer Wirtschaft – und zwar richtige Planung.

Planwirtschaft. Könnt ihr euch vorstellen, wie man in Bundesbern reagieren würde? Moskau einfach! Planwirtschaft in der Schweiz?? Geht's noch. Aber, liebe Anwesende, geplant wird schon lange. Planwirtschaft ist elementarer Teil unserer heutigen Wirtschaft, auch in der Schweiz.

Nehmen wir die Landwirtschaft: 3 bis 3.5 Milliarden fliessen vom Bund jedes Jahr in die Landwirtschaft. Via Direktzahlungen, Produktionsbeiträge und so weiter gibt der Bund vor, wie die Landwirtschaft funktionieren soll, geknüpft an Bedingungen zu Bewirtschaftung,

Tierhaltung, Biodiversität. Natürlich ist das keine zentrale Planung, wo auf die Tonne genaue Produktionsaufträge verteilt werden, aber ohne diese Beiträge könnte die Schweizer Landwirtschaft kaum überleben. Die Politik gibt den Rahmen vor. Leider machen sie das falsch, sodass Prekarisierung trotzdem Alltag, Schäden für Biodiversität und Klima Usus und Hofkonzentration die Folgen sind. Geplant wird aber & nur wenige stellen dieses Prinzip grundlegend in Frage.

Nehmen wir die Verkehrsinfrastruktur: In der Schweiz bauen Bund, Kantone und Gemeinden direkt oder indirekt praktisch die gesamten Verkehrswege, von Quartierstrassen zu Autobahnen, von Tramgleisen zu IC-Strecken. Damit lenken wir ständig unseren Verkehr und dieser folgt auch einfachen Gesetzen: Gibt es eine Strasse mehr, wird sie genutzt. Diese Infrastruktur ist de facto planwirtschaftlich, da das Gemeinwesen im Wesentlichen vorgibt, wie sich die Leute zu bewegen haben. Auch hier jedoch: es wird falsch geplant. Zu viel Geld fließt in die Strasse, zu wenig in die nachhaltigen Mobilitätsformen.

Die bereits bestehende Planwirtschaft im Verkehr müssen wir umkehren. Weg von MIV, hin zu klimafreundlicher Mobilität. Deshalb ist es auch zentral, dass wir das Referendum gegen den Autobahnausbau im November gewinnen!

Die grösste Planwirtschaft schlussendlich finden wir jedoch in den weltumspannenden Konzernen unserer Zeit. Das Paradebeispiel ist Amazon, der Warenkonzern dessen Umsatz grösser ist als das BIP von 150 Nationen, darunter Österreich, Südafrika, Iran oder dem sechstgrössten Land der Welt: Nigeria. Amazon hat die Planwirtschaft perfektioniert: Sie planen, was ihre Kund\*innen als nächstes konsumieren werden und wissen dies dank einer enormen Datenmenge jeweils schon, bevor die Individuen selbst davon wissen. Sie praktizieren Planwirtschaft auf einem globalen Massstab und sie sind damit nicht alleine, Konzerne wie Alibaba, Tenuu und andere funktionieren genau gleich. Das Problem: Das zentrale Motiv für diese Planung ist einzig der Profit der Eigentümer\*innen. Die einzelne Warenhaus-Angestellte von Amazon profitiert nicht von dieser Planung, genau so wenig wie das Klima.

Die Planwirtschaft: Sie ist heute bereits Realität. Aber es ist eine Planwirtschaft der Reichsten und gegen unsere Zukunft.

Was wir brauchen, ist eine Planwirtschaft für die 99%. Wir müssen gemeinsam, demokratisch über die Richtung entscheiden können, welche die Wirtschaft einschlägt. Wir müssen gemeinsam beschliessen können, dass das Wohl der Menschen, aller Menschen, und die Sicherung unserer Lebensgrundlagen im Zentrum wirtschaftlicher Aktivität stehen muss.

Dies äussert sich darin, wie unsere Industrien produzieren: Geht die letzte Stahlindustrie in der Schweiz zugrunde, weil sie nicht mehr zu 100% rendiert und der Bundesrat nicht eingreifen möchte, so wie das gerade aktuell geschieht? Oder beschliessen wir gemeinsam, dass wir eine Schweizer Produktion dieses elementaren Bauteils wollen und gleichzeitig die Produktion auf Erneuerbare Energien umstellen!

Das kann sich in der Bauwirtschaft zeigen: Statt in der ganzen Schweiz goldenes & klimaschädliches Beton in immer noch teurere Wohnungen zu giessen, welche die Leute gezwungen sind dann überteuert zu mieten, sollten wir gemeinsam planen können, wo und wie gebaut wird – nach ökologischen und sozialen Regeln – im Interesse der Bevölkerung und der Zukunft.

Insbesondere müssen wir den demokratischen Plan aber in der Energiewirtschaft erkämpfen! In der Schweiz sind heute 60% des Energiebedarfs durch Private abgedeckt. Es sind die Importeure von fossilen Energien, Öl, Benzin, Gas, welche damit Milliarden verdienen. Den Rest des Energiebedarfs, nämlich die Stromproduktion, kontrollieren wir demokratisch. Die Netze, die grossen Produktionsanlagen, die regionalen und überregionalen Stromversorger, all das ist in öffentlicher Hand und damit im weitesten Sinne einer demokratischen Planung unterworfen.

In den kommenden Jahren geht es darum, die ganze Energieversorgung in den demokratischen Rahmen überzuführen. Dagegen gibt es durch die Ölbarone einiges an Widerstand, wir entziehen ihnen damit ihre Profitmaschinerie. Indem wir die erneuerbaren Energien ausbauen, und zwar umfassend und schnell, reduzieren wir die Macht des fossilen Kapitals und stärken die Demokratie. Die erneuerbaren Energien, die Speicherung und die Netzinfrastruktur ist dann mehrheitlich in öffentlicher Hand. Deshalb war es auch wichtig und richtig, dass die Schaffhauser Stimmbevölkerung letzten Sonntag die Axpo-Privatisierungsvorlage versenkt hat. Das Eigentum und die Kontrolle über die öffentlichen Ressourcen in der Energiewirtschaft sind eine rote Linie. Es braucht nicht weniger, sondern mehr Demokratie!

Dafür braucht es jedoch mehr als nur Anreize für Hauseigentümer\*innen. Es braucht auf allen Staatsebenen Strategien, wie die fossilen Energien zurückgedrängt werden sollen. Es braucht einen Plan. Heute haben wir diesen nicht. In dieser Hinsicht können wir gerade den Neubeginn bei der AXPO nutzen, um nicht nur das öffentliche Eigentum zu sichern, sondern insbesondere auch die demokratische Kontrolle über den AXPO-Konzern zu stärken.

Diese Logik der Planung und der demokratischen Kontrolle kann und soll man auf alle Wirtschaftsbereiche anwenden. Wir müssen in den kommenden Jahren Demokratie, Kontrolle und Eigentum auch im Kampf um Klimaschutz auf die Tagesordnung hieven. Dann schaffen wir den Umbau des Wirtschaft by design statt by disaster.

Nehmen wir also diese Beiden Pfeiler: die sozial gerechte Klimapolitik, insbesondere die sozial gerechte Finanzierung und die demokratische Kontrolle und Planung über die Wirtschaft und wir haben die entscheidenden Elemente einer transformatorischen Klimapolitik.

Damit wird auch klar, um was es beim Klimaschutz geht: nicht etwa um die «Umwelt», um Bäume oder Süsse Eisbären. Nein es geht um die Menschen und damit wird der Kampf um unsere Zukunft zu einem Kampf der Klassen, in dem dieselben Grundsätze gelten, wie in unserem historischen Kampf, den wir seit Jahrhunderten führen: Es geht um Gerechtigkeit und Demokratie und Solidarität. Damit holen wir uns unsere Zukunft zurück.

Herzlichen Dank!